

Satzung

der

Kulturwerkstatt eV

§ 1 Name, Sitz, Eintragung

1. Der Verein trägt den Namen "Kulturwerkstatt".
2. Der Verein hat seinen Sitz in Reutlingen.
3. Der Verein ist eingetragen in das Vereinsregister und führt den Zusatz "e.V."

§ 2 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung und Weiterentwicklung der Jugendkulturarbeit und Jugendhilfe, sowie die Durchführung von Jugendbildungsmaßnahmen und internationalen Jugendbegegnungen. Hierbei sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen durch geschlechtsspezifische Konzepte feministischer Mädchenarbeit, bzw. emanzipatorischer Jungenarbeit zu berücksichtigen.
2. Verwirklicht wird dies durch Angebote zeitgemäßer Jugendarbeit wie:
 - Musik- und sozialpädagogische Anleitung von Musikgruppen;
 - Durchführung von medienpädagogischen Kursen und Seminaren zu den Themen: Populärmusik und Computertechnik;
 - Veranstaltung von Konzerten und Auftritten;
 - Organisation und Durchführung internationaler Jugendaustauschprogramme.

Zielgruppen der Vereinsaktivitäten sind vor allem sozial und materiell benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Trägern der Jugendhilfe und Jugendbildung.

3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Der Verein ist religiös und parteipolitisch unabhängig.
5. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft kann jede natürliche und juristische Person erwerben, die die Ziele des Vereins unterstützt.
2. Der Beitritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Lehnt der Vorstand die Aufnahme eines Mitglieds ab, oder entscheidet er nicht in angemessener Frist, entscheidet die nächste Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit. Das Ergebnis der Entscheidung wird dem/der Bewerber/in mitgeteilt.
3. Gegen jede Neuaufnahme hat die nächstfolgende Mitgliederversammlung ein Vetorecht.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch:
 - Tod des Mitglieds;
 - die schriftliche Austrittserklärung
 - den Ausschluß des Mitglieds.
2. Der Austritt kann mit einer Frist von einem Monat zum jeweiligen Jahresende erfolgen.
3. Über einen Ausschluß entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer 3/4 Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Ausschlußantrag muß in der Einladung zur Mitgliederversammlung angegeben sein. Gegen den Ausschluß kann das Mitglied Berufung bei der nächsten Mitgliederversammlung einlegen, die innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand eingereicht werden muß. Während des Ausschlußverfahrens ruhen die Mitgliedsrechte des betroffenen Mitgliedes.
4. Die Mitgliedschaft erlischt automatisch, wenn bis zum 1. April der jeweilige Jahresbeitrag noch nicht bezahlt wurde.

§ 6 Stimmrecht

1. Alle natürlichen Personen haben gleiches Stimmrecht.
2. Juristische Personen haben je eine Stimme.
3. Eine Vertretung der Stimmabgabe ist unzulässig.

§ 7 Beiträge

1. Der Verein erhebt einen Mitgliedsbeitrag.
2. Die Mitgliederversammlung beschließt die Höhe des jährlichen Mitgliedsbeitrags.
3. Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu bezahlen.
4. Der Vorstand kann mit Zustimmung der Mitgliederversammlung aus sozialen Gründen von der Beitragspflicht befreien.

§ 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste beschlußfassende Organ des Vereins.
2. Die Mitgliederversammlung wird einberufen:
 - auf Beschluß des Vorstandes;
 - auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder.
3. Es sollen jährlich mindestens 2 Mitgliederversammlungen stattfinden.
4. Die Einladung zur Mitgliederversammlung soll den Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mindestens 10 Tage vor dem Versammlungstermin zugehen. In begründeten Eilfällen kann die Frist auf 5 Tage verkürzt werden.
5. Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören:
 - Wahl des Vorstandes und die Kontrolle seiner Tätigkeit;
 - die Wahl eines/einer Kassenprüfers/-prüferin;

- die Entgegennahme des Jahres- und Kassenberichts des Vorstands und des Berichts des/der Kassenprüfers/-prüferin , sowie die Entlastung des Vorstandes;
 - Satzungsänderungen.
6. Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Beschlüsse einer Satzungsänderung bedürfen einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder.
 7. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens ein Fünftel der ordentlichen Mitglieder anwesend sind. Übersteigt die Mitgliederzahl 200, so müssen mindestens 40 Mitglieder anwesend sein. Die Beschlußfähigkeit gilt als gegeben, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Bei Beschlußunfähigkeit muß der Vorstand innerhalb von 3 Wochen eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung einberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder beschlußfähig. In der Einladung zur zweiten Versammlung ist auf diese besondere Beschlußfähigkeit hinzuweisen.
 8. Von jeder Mitgliederversammlung muß ein Protokoll erstellt werden, welches von dem/der Protokollant/-in und dem/der Vorsitzenden gegengezeichnet werden muß.
 9. Die Mitgliederversammlungen sind öffentlich. Der Ausschluß der Öffentlichkeit kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder hergestellt werden.

§ 10 Der Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf 1 Jahr gewählt und bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstands im Amt.
3. Der Vorstand besteht mindestens aus dem/der Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die von der Mitgliederversammlung bestätigt werden muß.
5. Der Vorstand führt gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung die Geschäfte des Vereins.
6. Alle Vorstandsmitglieder können jeweils zu zweit den Verein nach außen vertreten.
7. Die Mitgliederversammlung kann Mitglieder des Vorstands abwählen. Dazu muß ein

von mindestens einem Zehntel der Mitglieder unterstützter Mißtrauensantrag mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gebilligt werden. Der Mißtrauensantrag muß als Tagesordnungspunkt in der Einladung aufgeführt werden.

§ 11 Überschüsse und Vergütungen

Eventuell erwirtschaftete Überschüsse dürfen nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 12 Auflösung des Vereins

1. Der Verein wird aufgelöst durch schriftliche Urabstimmung, wobei eine 2/3 Mehrheit der sich daran beteiligenden Mitglieder erforderlich ist.
2. Eine Urabstimmung wird von einer Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit beschlossen.
3. Im Falle der Auflösung des Vereins oder Wegfall des bisherigen Zwecks, ist das Vereinsvermögen Institutionen und Organisationen, die eine dem Vereinszweck entsprechende Tätigkeit ausüben, zu steuerbegünstigten Zwecken zu übertragen. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden. Die Mitgliederversammlung beschließt bei der Auflösung mit einfacher Mehrheit, welchen Institutionen oder Organisationen das Vereinsvermögen übertragen werden soll.

§ 13 Annahme der Satzung

Diese Satzung wurde durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 22.7.1994 angenommen.